

# Liechtensteiner Volksblatt

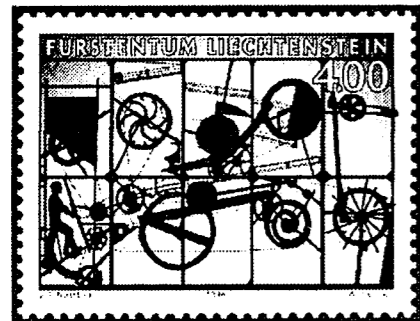
Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### Neue Briefmarken erscheinen am 6. Juni

Die Postwertzeichenstelle des Fürstentums Liechtensteins gibt am 6. Juni die nächsten neuen Briefmarken heraus. Es handelt sich um eine Einzelbriefmarke (siehe Bild) des jährlich erscheinenden Postwertzeichens «Hommage an Liechtenstein» sowie um eine Sonderreihe «Spass am Brief» mit vier Wertstufen. Die vier Werte sind gleich, nämlich 60 Rappen, was interessante Kombinationen auf Briefen geben kann. Diese Briefmarken wurden von Regina Marxer, Vaduz, entworfen.

Die Sonderreihe «Hommage an Liechtenstein» wurde 1993 mit dem «Schwarzhutmann» des Österreicher Friedensreich Hundertwasser begonnen. Sie wird 1994 mit einem Bild des schweizerischen Künstlers Jean Tinguely fortgesetzt. Das Postwertzeichen mit der Wertstufe 4 Fr. des 1991 verstorbenen Künstlers zeigte eine 1966 geschaffene bewegliche Relief-Skulptur. Sie wurde als Bühnenbild für ein Ballett geschaffen. Das Werk befindet sich in Privatbesitz und ist gegenwärtig im Kunstmuseum St. Gallen als Leihgabe ausgestellt.



Die neue Sonderbriefmarke der Serie «Hommage an Liechtenstein» zeigt eine Relief-Skulptur des schweizerischen Künstlers Jean Tinguely (1925-1991).

### Schweiz: Promillegrenze soll gesenkt werden

(AP) Der Grenzwert für Alkohol am Steuer soll in der Schweiz von 0,8 auf 0,5 Promille gesenkt werden. Dies schlägt ein noch unveröffentlichter Bericht über Verkehrssicherheit des EJPD vor, wie EJPD-Sprecher Folco Galli einen Bericht der «Sonntags-Zeitung» bestätigte. Der Expertenbericht enthält insgesamt 20 Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Bundesrat Arnold Koller habe dem Bericht bereits zugestimmt, sagte der Sprecher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Am 22. April solle er der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Senkung der Promillegrenze, die eine Änderung der Verkehrsverordnung bedürfe, werde gemäss den Experten als besonders wirksam eingeschätzt, um die Sicherheit auf der Strasse zu erhöhen und die Zahl der Todesopfer zu senken. Sie soll deshalb möglichst rasch realisiert werden.

Es handle sich um ein Gesamtkonzept, um die Zahl der Todesopfer zu senken, sagte Galli weiter. Weitere Massnahmen betreffen auch Vorschläge zur Prävention, Verbesserungen im Strassenbau und bei den Rettungsdiensten. Gesenkt werden solle damit auch der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Verkehrsunfälle entstehe. Die Experten beriefen sich laut Galli in ihrem Bericht auf eine Untersuchung aus dem Jahr 1988, als die Kosten mit rund 5,7 Milliarden Franken angegeben wurden. Im vergangenen Jahr kamen 730 Menschen bei Verkehrsunfällen auf der Strasse ums Leben.

## 11. April 1984 – Der Landtag sprach sich für Frauenstimmrecht aus

Vor zehn Jahren entscheidende Landtagsitzung für Durchbruch des Frauenstimmrechts – Auseinandersetzung wegen Volksabstimmung

(G. M.) – Am 11. April 1984, also heute vor genau zehn Jahren, sprach sich der Landtag für eine Verfassungsänderung aus, die den Weg für die politische Gleichberechtigung ebnete. Endgültig eingeführt wurde das Frauenstimmrecht im Fürstentum Liechtenstein durch eine Volksabstimmung, die am 1. Juli 1984 ein Ergebnis von 51,3 % Ja-Stimmen und 48,7 % Nein-Stimmen brachte.

Einhellig sprach sich der Landtag in der für das Frauenstimmrecht historischen Stunde für die Verfassungsänderung aus, die der politischen Gleichberechtigung von Mann und Frau mit dem folgenden Zusatz zum Durchbruch half: «Die politischen Rechte stehen allen Landesangehörigen zu, die das 20. Lebensjahr vollendet, im Lande ordentlichen Wohnsitz haben und nicht im Wahl- und Stimmrecht eingestellt sind.»

### Kontroverse wegen Volksabstimmung

Während sich die Parlamentarier damals über die Verfassungsänderung einig waren, konnten sie sich in der Frage des Inkraftsetzens nicht einigen. Die Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), die mit einer Motion 1982 zur Einführung des Frauenstimmrechts ins Rollen gebracht hatte, stellte den Antrag, dass der Landtag in eigener Kompetenz den Frauen die politische Gleichberechtigung zuerkenne, nachdem das Anliegen «Einführung des Frauenstimmrechts» vorher in zwei Volksabstimmungen schon gescheitert war. Der damalige Fraktionssprecher der FBP, Josef Biedermann, machte geltend, dass «der Weg über das Parlament in breiten Kreisen unserer Bevölkerung



Historischer Augenblick im Landtag am 11. April 1984, also vor 10 Jahren: Der Landtag spricht sich für das Frauenstimmrecht aus, doch nur die VU-Fraktion wollte eine Volksabstimmung durchführen, die FBP-Fraktion plädierte für eine Durchsetzung dieses Rechts durch den Landtag.

begrüsst, ja sogar erwartet» werde. Mit ihrer Stimmenmehrheit setzte sich schliesslich die Vaterländische Union (VU) durch, deren Fraktionschef Georg Gstöhl erklärt hatte, dass «nach einer jahrelangen Meinungs- und Willensbildung nun auch eine Willensleistung der liechtensteinischen Stimmbürger, nämlich ein Ja in einer Volksabstimmung, folgen» sollte.

### Einführung einer Karenzfrist

Die damalige Kontroverse im Landtag über die Frage der Volksabstimmung illustrierte treffend die jahrelangen Bemühungen zur Einführung des Frauenstimmrechts im Fürstentum Liechtenstein. Nachdem 1971 und 1973 der «Weg von oben», also die Durchset-

zung der Gleichberechtigung zuerst auf Landesebene, der dann die politische Gleichstellung der Frauen auf Gemeindeebene folgen sollte, bei zwei Volksabstimmungen gescheitert war, erbrachte auch der umgekehrte Weg keinen Erfolg: Von der 1976 mit einer Verfassungsänderung geschaffenen Möglichkeit, das Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene einzuführen, hatten bis zur Landtagsitzung erst sieben der elf Gemeinden Gebrauch gemacht. Die gesellschaftlichen Veränderungen und der Beitritt zum Europarat 1978 mit der ausdrücklichen Verpflichtung, den Frauen baldmöglichst die politische Gleichberechtigung zuzuerkennen, hatten Druck erzeugt, so dass vielen der Weg über das Parlament der geeignetste Weg erschien.

Der Volksabstimmung wäre das Frauenstimmrecht damit nicht entzogen worden, doch hätten sich die Bedingungen umgekehrt: Wer gegen das Frauenstimmrecht war, hätte das Referendum ergreifen müssen. Entscheidenden Einfluss auf die mehrheitlich vom Landtag beschlossene Volksabstimmung übten aber nicht derartige Überlegungen aus, sondern die gleichzeitige Verankerung einer Karenzfrist für aus dem Ausland einheiratende Frauen. Den ausländischen Frauen, die einen Liechtensteiner ehelichten, erhalten seither nicht mehr automatisch sofort mit der Verheiratung die liechtensteinische Staatsbürgerschaft mit allen Rechten.

Mehr darüber auf Seite 3

## Ein eindrückliches Erlebnis für 224 junge Mädchen und Buben

Am Weissen Sonntag fanden in sechs Gemeinden des Landes die Erstkommunionfeiern statt – Zum ersten Mal zum Tisch des Herrn geladen

Für insgesamt 224 Mädchen und Buben der zweiten Primarschulklasse war der gestrige Weisse Sonntag besonders aufregend und mit einem grossen Erlebnis verbunden: In festlichem Rahmen und im Beisein von Eltern und Verwandten durften sie beim Gottesdienst zum ersten Mal zum Tisch des Herrn treten und die heilige Kommunion empfangen. Erstkommunionfeiern fanden gestern in Balzers, Triesenberg, Schaan, Eschen/Nendeln, Mauren/Schaanwald und Ruggell statt, in den restlichen Gemeinden werden sie zu einem späteren Zeitpunkt abgehalten. Der Bedeutung des Tages entsprechend wurden die Erstkommunikanten beim Schul-, Pfarr- oder Rathaus abgeholt und anschliessend unter den feierlichen Klängen der Dorfmusik in die geschmückte Kirche begleitet. Seit Jahren ist es in den Gemeinden üblich, dass die Kinder eine Einheitskleidung, ähnlich den langen und hellen Ministrantenröcken, tragen.



Feierlicher Einzug der Schaaner Erstkommunikanten in die Pfarrkirche, wo sie erstmals die heilige Kommunion empfangen durften. Die Mädchen trugen weisse Blumenkränzen aus Stoff im Haar.



(Bilder: Beat Schurte)

## Der Abschluss des GATT-Abkommens steht bevor

Die Sozialklauseln sorgen für Konfliktstoff – Ungewissheit über den Zeitpunkt der US-Ratifizierung

Marrakesch (AP) Die Verhandlungen waren lang, zäh und häufig vom Abbruch bedroht. Am Dienstag versammelten sich nun die Vertreter von 120 Ländern für vier Tage im marokkanischen Marrakesch, um in weiteren Gesprächen dem nach sieben Jahren zustande gekommenen Kompromiss über ein neues Welthandelsabkommen den letzten Schliff zu geben und es dann abzuzeichnen. Gleichzeitig wird die Welthandelsorganisation (WTO) aus der Taufe gehoben, die Anfang 1995 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ablösen wird.

Auf rund 2000 Seiten sind die Ergebnisse der jüngsten GATT-Runde zusammengefasst: Eine Senkung der Importzölle für Hunderte von Waren um durchschnittlich 40 Prozent, Abbau von Subventionen und die Öffnung der

Märkte. Von den beschlossenen Massnahmen versprechen sich Experten eine Finanzspritze für die Weltkonjunktur von 200 bis 300 Milliarden Dollar jährlich. Doch auch nach der feierlichen Unterzeichnung ist der Konflikt um die Liberalisierung des Welthandels nicht ad acta gelegt, wartet auf die Verhandlungspartner noch jede Menge Konfliktstoff.

So konnten sich erst vor wenigen Tagen die USA mit den im GATT vertretenen Entwicklungsländern mühsam auf einen Kompromiss über Arbeits- und Sozialklauseln einigen. Danach wird die Forderung nach Mindeststandards für Beschäftigte nicht in den Vertrag aufgenommen, sondern soll von der WTO im kommenden Jahr neu verhandelt werden. Während die USA und Frankreich Schutzrechte verankern wollten, um die

Ausbeutung von Arbeitnehmern und damit Dumpingpreise zu verhindern, sehen viele Schwellen- und Entwicklungsländer in einer solchen Massnahme eine Abschottung der Industriestaaten vor Billigimporten.

Nach Marrakesch dürfte auch über die Öffnung des japanischen Marktes weiter gestritten werden, die vor allem von der US-Regierung betrieben wird. Sie möchte auch die europäischen Staatsunternehmen bewegen, künftig mehr von ausserhalb einzukaufen. Gleichwohl gelten die Amerikaner derzeit als grösster Stolperstein auf dem Weg, das neue Handelsabkommen Anfang nächsten Jahres auch umzusetzen. So wachsen die Zweifel, ob es dem Kongress in Washington gelingen wird, angesichts der Fülle von Zusatzartikeln das GATT-Abkommen rechtzeitig zu ratifizieren.

## Heimniederlage des FC Vaduz

In der Fussball-Erstliga-Meisterschaft kassierte der FC Vaduz gestern eine 1:3-Heimniederlage gegen den Tabellenzweiten Brühl. Die St. Galler spielten in der ersten Halbzeit stark auf und gingen mit 0:2 in Führung. Christian Matt glückte noch vor der Pause der Anschlusstreffer. Nach dem Seitenwechsel lag der Ausgleich einigemal in der Luft (Postenschuss von Spielertrainer Abel), doch stattdessen führten die Gäste mit dem 1:3 die Entscheidung herbei. Da auch Rorschach verlor, liegt der FC Vaduz weiterhin 4 Zähler vor einem Abstiegsplatz. Die Zweitligapartie Niederurnen – USV musste verschoben werden, das Drittliga-Wiederholungsspiel Widnau II – Ruggell endete 1:1.